

Das Ziel der PDS
bleibt die Macht im Osten

Abwahl eines Modells?

Manfred Wilke/Sebastian Prinz

Nach der Berliner Koalition mit der SPD im Januar 2002 schien das Planziel der PDS in greifbare Nähe gerückt, zusammen mit der SPD im alten Herrschaftsgebiet der SED erneut Regierungsverantwortung übernehmen zu können.

Der Bundesgeschäftsführer der PDS, Dietmar Bartsch, war sich ganz sicher, „wenn wir unser Ziel erreichen und im Osten stärkste Partei werden, wird die Bundesregierung uns und den Osten nicht mehr ignorieren“.

In Magdeburg, wo 1994 mit der Tolerierung der von der SPD geführten Landesregierung der aufhaltsame Aufstieg der PDS begann, sollte nun, wenige Monate vor der Bundestagswahl, die dritte rot-rote Regierungskoalition gebildet werden. Noch vor der Wahl in Sachsen-Anhalt am 21. April wurde jedoch deutlich, dass das Ziel der PDS verfehlt werden könnte, und zwar durch das dramatische Absinken der SPD in der Gunst der Wähler.

Mit einem politischen Vorstoß versuchte der PDS-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Roland Claus, der 1994 das Magdeburger Tolerierungsmodell innerparteilich durchgesetzt hatte, das Blatt zu wenden. Er verlangte von der SPD für den Fall, dass die PDS stärker wird als die SPD, als Juniorpartner in eine PDS-geführte Landesregierung einzutreten. Dies führte zum öffentlichen Einspruch des SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers Gerhard Schröder. Er erklärte eine Woche vor der Wahl im ZDF: „Das werden Sie erleben, dass es das nicht gibt.“

In der SPD kam es noch vor dem Wahltermin zu heftigen Debatten, welche „Koalitionsoption“ die SPD in Magdeburg verfolgen solle, zumal sich Ministerpräsident Reinhard Höppner zu keiner Koalitionsaussage durchringen konnte. Die Wähler entschieden in Sachsen-Anhalt anders. Das Magdeburger Modell wurde abgewählt, und die CDU bekam erneut die Chance, das Land zu führen. Die Rückkehr einer deutlich gestärkten FDP in den Landtag ermöglichte es dank einer eigenen Mehrheit der bürgerlichen Parteien, eine Regierungskoalition ohne Beteiligung der SPD zu bilden.

Der seit der „Erfurter Erklärung“ von 1997 zwischen SPD und PDS indirekt debattierten Möglichkeit einer „Mitte-links-Option“, um dauerhaft die Hegemonie des linken Lagers in der Bundesrepublik zu etablieren, wurde in Magdeburg vom Wähler eine Absage erteilt. Es stellt sich nun die Frage, ob damit diese Strategie der Machtgewinnung obsolet geworden ist. Um sie zu beantworten, lohnt es sich, die Erfahrungen mit der Berliner Koalition in Beziehung zu setzen zu den Diskussionen in der SPD über das Ergebnis von acht Jahren „Magdeburger Modell“.

PDS und SPD – Die Partner in Berlin

Am 17. Januar 2002 wurde in Berlin von der SPD eine rot-rote Koalition mit der PDS gebildet. Bitter kommentierte der Bürgerrechtler Konrad Weiß dieses Ereignis zwölf Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur und der zweiten deutschen Nationalstaatsbildung. 1989 habe er Illusio-

nen über den nunmehrigen Wirtschafts-senator von Berlin Gregor Gysi und seine Partei gehabt. Damals schien es eine Zeit lang so, „als seien die Genossen tatsächlich beschämt über das Unheil und Unrecht, das ihre Partei zu verantworten hatte. Zwölf Jahre später bin ich mir dessen nicht mehr sicher, sondern denke, dass sie die Versöhnungsbereitschaft der Ostdeutschen nur dazu benutzt haben, ihre Macht zu erneuern. Wir hätten nicht vergessen sollen, was uns im Marxismus-Unterricht oft genug eingebläut worden war, dass es immer um die Macht geht, um die Eroberung der politischen Herrschaft, um die Frage wer wen?“ Sein Kommentar löste kein moralisches Echo aus, dass eine durch den demokratischen Aufbruch in der DDR 1989 zur Veränderung gezwungene totalitäre Partei erneut regieren darf, auch wenn sie nicht mehr über die Möglichkeit verfügt, eine Restauration der SED-Herrschaft herbeizuführen.

„Weicher“ Extremismus

Der Extremismusforscher Eckhard Jesse schrieb zeitgleich mit Weiß, dass in Deutschland im Hinblick auf die PDS und die Diskussion ihrer Politik eine „Tabuisierung des Extremismusbegriffs“ zu beobachten sei. Er konstatiert einen paradoxen Befund: „Der Zusammenbruch des realen Sozialismus bildete die Voraussetzung für die Renaissance einer weichen Form des Extremismus. Die desaströse Hinterlassenschaft des real existierenden Sozialismus hat die Äquidistanz gegenüber Rechts- und Linksextremismus weit(er)hin geschwächt. Wer die PDS mit den Republikanern vergleicht, die Autonomen mit Skinheads, macht sich verdächtig. Es ist unerträglich, wie die PDS bei der NPD-Verbots-Diskussion den Gralshüter des demokratischen Verfassungsstaates spielt – als sei gerade sie dazu berufen. Der grundlegende Gegensatz zwischen extremistisch und demo-

kratisch ist häufig durch den von rechts und links ersetzt worden.“

Die Bedeutung dieses Bewusstseinswandels in der politischen Kultur liegt auf der Hand. Nur die Akzeptanz der PDS als demokratische Partei der Linken aus dem Osten des vereinigten Landes ermöglicht ihre Regierungsbeteiligung.

Wie diese Integration der PDS in das demokratische Parteienspektrum durch die SPD durchgesetzt wurde, kann am Beispiel Berlins gezeigt werden.

Symbolwirkung eines Tabubruchs

Konnte die SPD die Tolerierung ihrer Minderheitsregierung in Magdeburg oder die Koalition in Mecklenburg-Vorpommern mit der PDS noch als regionale Besonderheiten darstellen, so war die Regierungsbildung in Berlin von nationaler Bedeutung und Symbolik. Nicht ohne Grund nannte der Berliner Landesverband der PDS den Bruch der Berliner großen Koalition durch die SPD 2001 unter Einbeziehung der PDS die Aufhebung eines „politischen Tabus“. Diesen Schritt der SPD sah die PDS als Ergebnis ihrer eigenen Politik zum Sturz des „Systems Westberlin“. Er hat sich für den Augenblick für die SPD gelohnt: Mit knapp dreißig Prozent Wählerstimmen wurde sie im Oktober 2001 stärkste Partei in einem sich aus fünf Fraktionen zusammensetzenden Abgeordnetenhaus. Sie konnte mit Klaus Wowereit den Regierenden Bürgermeister stellen, sein Stellvertreter wurde Gregor Gysi, dessen Partei im Ostteil der Stadt knapp fünfzig Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte.

In Berlin ging es der PDS um die Akzeptanz im Westen. Die Parteivorsitzende Gabi Zimmer verortete den Grundstein im „Gemäuer des alten Westberlins“, nicht im oft zitierten „Filz“. Für die PDS liegt er im „Ressentiment, dem Vorurteil des Kalten Krieges“, das die SED-Fortsetzungspartei weiterhin bei den West-Wählern stigmatisiert und das im

Der Bürgerrechtler Konrad Weiß bemerkte nach der Berliner Regierungsbildung Anfang 2002, dass die SED-Genossen die Versöhnungsbereitschaft der Ostdeutschen nur dazu benutzt hätten, als PDS ihre Macht zu erneuern. Hier rechts im Bild bei einer Podiumsdiskussion in Leipzig am 7. Februar 2001.

Foto: dpa



Wahlkampf 2001 überwunden werden sollte. Die PDS stört im doppelten Sinn die Geschichte der über vierzig Jahre andauernden Behauptung von Westberlin gegen die kommunistische Bedrohung. Zimmer wertet sie als Ressentiment und Vorurteil des Kalten Krieges ab, um „die mentale Blockade gegen die PDS zu überwinden“. Oft übersehen, handelt es sich hier auch um eine grundsätzliche Orientierung der deutschen Politik nach 1945. Ohne die Vereinigten Staaten wäre diese Selbstbehauptung nicht möglich gewesen. Der Angriff auf dieses „Ressentiment“ richtet sich subtil gegen die Westbindung der Bundesrepublik heute, wie der Aufruf der PDS zur bundesweiten Großdemonstration anlässlich des Besuchs des amerikanischen Präsidenten George Bush im Mai 2002 belegt. (Siehe hierzu auch den Beitrag Friederich Mielke in dieser Ausgabe, Seite 71 ff.)

Schon im Januar 2001 war sich die Fraktionsführung der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus sicher: „Die Chancen für die Bildung einer Regierungsmehrheit links von der CDU und unter Einschluss der PDS stehen also so gut wie noch nie. Mit dem Ende der Unberührbarkeit der PDS gewinnt die Frage nach den politischen Inhalten, dem politischen Projekt einer solchen Regierungsalternative an Bedeutung.“ Die „Partei des Ostens“ rechnete also mit dem Koalitionswechsel der SPD bereits vor dem Berliner Bankenskandal.

In Berlin ging es der SPD noch vor der Bundestagswahl 2002 um eine neue dauerhafte Machtkonstellation im Parteienspektrum der Berliner Republik, das sich von dem der Bonner unterscheidet. Galt bis 1989 ein antitotalitärer Konsens zwischen den großen Volksparteien, der eine Regierungsbeteiligung von rechts- bezie-

hungsweise linksextremistischen Parteien ausschloss, also die von Jesse ange-mahnte Äquidistanz der demokratischen Parteien zu den Extremisten, so wurde nun in Berlin dieser Konsens symbol-trächtig beendet und die PDS von SPD und Grünen zum Bestandteil des demo-kratischen Verfassungsbogens geadelt.

Namentlich der SPD ging es um eine Neujustierung des Parteienspektrums, in dem sie die Mitte besetzt und als einzige der beiden Volksparteien über alle denk-baren Koalitionsoptionen verfügt, was es ihr erlaubt, die jeweiligen Regierungen zu führen.

Die CSU des Ostens?

Der PDS gefiel es, als der Ostberliner Schriftsteller Thomas Brüssig im Berliner Wahlkampf für ihre Einbeziehung in die Regierungsverantwortung in der Stadt mit den Argumenten warb, dass nur die „Denkfaulheit“ im Westen den Blick da-rauf verstellt, „dass die PDS einmal das werden könnte, was die CSU bereits ist: eine politisch profilierte Regionalpartei“.

Schon vor Jahren hatten führende Ge-nossen unter ausdrücklicher Bezugnah-me auf die CSU eine solche Entwicklung der PDS gefordert. So arbeitet Christine Ostrowski, früher stellvertretende Partei-vorsitzende und heute Bundestagsabge-ordnete, daran, dass die PDS sich zu einer ostdeutschen Volkspartei nach dem stra-tegischen Vorbild der CSU entwickelt. Dabei solle die PDS sich nicht links von der SPD positionieren, sondern einfach nur anders, nämlich ostdeutscher.

Auch zwölf Jahre nach der Vereini-gung sind die Spuren der Teilung zwi-schen Ost und West noch immer spürbar, ihre Überwindung ist immer noch eine Aufgabe deutscher Politik. Die SED hat die deutsche Spaltung über vierzig Jahre ideologisch untermauert und propagiert. Dieser Linie folgte die PDS auch im Ver-einigungsprozess. Sie hoffte zunächst weiter auf den Schutz der DDR durch die

Sowjetunion und versuchte bis Februar 1990, mit allen Mitteln den Weg zur deut-schen Einheit zu blockieren. Als ihr dies nicht gelang, setzte sie auf die Interessen-vertretung des Ostens gegen den Westen und kreierte eine „ostdeutsche Identität“. Unbeschadet dieser Profilierung, die für ihre Behauptung als parlamentarische Partei überlebenswichtig war, konstitu-ierte sie sich als gesamtdeutsche Partei. Es gelang ihr aber nur, eine Reihe von Mit-gliedern aus der DKP und anderen links-extremistischen Gruppierungen zu ge-winnen. Einige von ihnen wie Wolfgang Gehrcke, Harald Werner und Heidi Knake-Werner rückten in Führungsposi-tionen auf. Bis heute gilt die Feststellung von Patrick Moreau: „Von den Linksex-tremisten aus Autonomen, K-Gruppen und RAF-Umfeld in ihren Reihen will sich die PDS aber nicht trennen. Im Gegenteil: Sie kennt gegenüber diesen Gruppen keine Berührungängste.“

1989 war allerdings den Nachwuchs-kadern der SED, die nun die Parteifüh-rung stellten, schon klar, dass ohne mas-sive Wirtschaftshilfe aus der Bundesre-publik selbst ihr Projekt einer reformier-ten DDR nicht zu realisieren war. Das Fundament der ökonomischen Strategie der PDS für den Osten bildet in gewissem Sinne immer noch die Feststellung von André Brie aus dem November 1989: „Die BRD kann eine beträchtliche ökonomi-sche und finanzielle Quelle für die Erneue-rung der DDR darstellen.“

Im noch gültigen Parteiprogramm der PDS von 1993, mit dem die PDS sich in der für sie gründlich veränderten Welt neu positionierte, betonte sie als parlamenta-risch agierende Partei ihren regionalen Herkunftsschwerpunkt nachdrücklich. Nur im Osten der Republik gab es eine Chance für sie, über die Koalition mit der SPD in absehbarer Zeit wieder Regie-rungsverantwortung übernehmen zu können. „Wir wollen im Gegensatz zu den etablierten Parteien keine Verwestli-

chung des Ostens“, hieß es in diesem Programm. Gefordert wird ein Entwicklungsweg für die Bundesrepublik, „der das Positive der ehemaligen BRD wie der DDR aufnimmt“.

Hilsberg versus Höppner

1994 kam durch das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt für die PDS die Chance, erstmals mit einem ostdeutschen Sozialdemokraten ernsthaft über eine Alternative zu einer großen Koalition zu sprechen. Reinhard Höppner war bereit, sich und seine Minderheitsregierung von der PDS tolerieren zu lassen. Der antitotalitäre Konsens der alten Bundesrepublik und damit die gemeinsame Verantwortung der beiden großen Volksparteien spielte für ihn ebenso wenig eine Rolle wie das damals jüngste Abgrenzungspapier der SPD, die Dresdner Erklärung. Vergleiche zwischen PDS und Republikanern zeigten ihm nur, „dass man den Osten nicht verstanden hat. Die Gleichsetzung von PDS und Republikanern ist realitätsfern. Das Problem mit der PDS ist keine ideologische Frage, es handelt sich um ein Identitätsproblem. Der theoretische Antikommunismus, der im Westen offenbar tief verwurzelt ist, den gibt es bei uns so nicht, nachdem wir vierzig Jahre lang in der Praxis durchbuchstabiert haben, dass der Kommunismus nicht funktioniert. Im Westen hat man Angst vor einem Kommunismus, den es nicht mehr gibt und den im Osten keiner mehr will.“

Widerspruch erfuhr damals Höppner von Stephan Hilsberg, 1989 Generalsekretär der noch in der DDR gegründeten sozialdemokratischen Partei, die im Oktober 1989 antrat, um die DDR aus der SED-Diktatur in eine parlamentarische Republik zu führen. Er erinnerte Höppner an das Statut dieser Partei: „In tiefer Ablehnung jeglichen totalitären Denkens verstehen sich die Sozialdemokraten als demokratische Partei.“ Das war das Fun-

dament einer Strategie der Sozialdemokraten aus der DDR seit 1990, in Abgrenzung von der PDS zur dominierenden Kraft der Linken im Osten zu werden. Der mit den Stimmen der PDS gewählte sachsen-anhaltinische Ministerpräsident beendete 1994 diesen Weg, ohne die Strategie der PDS ernst zu nehmen, wie ihm Hilsberg vorwarf: „Wer aber die Konzepte der PDS nicht ernst nimmt und glaubt, sie durch stille oder offene Teilhabe an der Macht ‚entzaubern‘ zu können, der kennt den Zusammenhang zwischen Denken und Handeln nicht. Jener tiefe Gegensatz zwischen einer Diktatur kommunistischer Prägung muss rational erfasst werden. Offenbar reicht es nicht aus, die DDR erlebt und erlitten zu haben, um vor den Fallen des Postkommunismus gefeit zu sein.“ Nicht im Blick hatte er bei seiner Argumentation die Entwicklung im Westen vor dem Mauerfall. So setzten im gemeinsamen Ideologiepapier von SPD und SED von 1987 beide Parteien auf ihre Reformfähigkeit im jeweils eigenen System. – Und hatte die SED nach dem Epochenwechsel von 1989 diese Reformfähigkeit nicht bewiesen?

Hilsberg erkannte 1994 aber nüchtern die Folgen, die das Magdeburger Modell hatte: „Ein Zusammenspiel zwischen SPD und PDS liefe auf eine Legitimation der postkommunistischen Partei und damit ihre dauerhafte Etablierung im politischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland hinaus.“

Die Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern führten nach 1994 zur Etablierung eines Drei-Parteien-Systems in den Landesparlamenten, wobei sich die PDS konstant zu einer Zwanzig-Prozent-Partei entwickelte. Dies war zwar weit von CSU-Ergebnissen entfernt, rote Mehrheiten aber waren möglich – aus Sicht der PDS-Strategen wichtige Etappenziele bei dem aufhaltsamen Aufstieg. Dazu bemerkte Gysi in aller Offen-

heit: „Ziel ist es, sich über die Regierungsbeteiligung im Osten als eine ‚normale‘ Partei im bundesdeutschen Parteienspektrum links von der SPD zu etablieren und die gerade in den alten Bundesländern vorhandenen Ressentiments und dem nach wie vor tief sitzenden Antikommunismus entgegenzuwirken.“

Rostocker Manifest

Die PDS blieb programmatisch auf Kurs. In ihrem Rostocker Manifest vor der Bundestagswahl 1998 proklamierte sie als „Pilotprojekt“, den Osten als Modellregion für die „längst überfälligen tief greifenden Reformen der ganzen Bundesrepublik“ zu entwickeln.

Schon aus Tradition tagte vor der kommenden Bundestagswahl ihr 7. Parteitag erneut in der Hansestadt. In ausdrücklicher Kontinuität zum Rostocker Manifest beschloss er das Dokument „Für einen starken Osten im Herzen Europas“.

Auch die PDS sieht in der Angleichung der innerdeutschen Lebensverhältnisse weiterhin eine unerledigte Aufgabe, aber 2002 gibt es eine neue Konstellation. Durch die „Erweiterung der Europäischen Union rückt Ostdeutschland von Deutschlands Rand in Europas Mitte. Damit verbinden sich noch einmal große Herausforderungen und Chancen für die Region.“

Die Partei will nun eine europäische Integration, die nicht mehr wie bisher „Sache der Regierungen, Konzerne und Banken“ ist, sondern vornehmlich von den „Gewerkschaften und sozialen Bewegungen“ gestaltet werden soll. „Eine Neuorientierung für Ostdeutschland“ soll „mit der Vorbereitung aller Beteiligten auf den Beitritt unserer östlichen Nachbarn zur Europäischen Union“ verbunden werden.

Die Regionalisierungsdebatte in der Wirtschaftspolitik aufgreifend, entwirft die Partei ein Strukturprogramm, das den Marktanteil der ostdeutschen Wirtschaft

zielstrebig durch Unternehmensentwicklung erhöhen soll. An dieser Stelle bekommt die Analogiebildung zwischen CSU und PDS eine neue Dimension. Der Aufstieg der CSU zur Identifikationspartei Bayerns war mit der Modernisierung dieses Landes nach dem Krieg verbunden. In der Osterweiterung der Europäischen Union sieht die PDS nunmehr die Chance, ein eigenes Modernisierungskonzept für „Ostdeutschland“ mit der eigenen Partei als Identifikationsangebot zu verbinden. Voraussetzung bleibt dabei die finanzielle Hilfe aus dem Westen: „Wir streben in diesem Sinne eine Innovations-, Investitions- und Gründungsoffensive von Bund und Ländern für den Osten an. Wir wollen eine Bündelung und Aufstockung von Fördermaßnahmen anstelle der jetzigen Vielzahl von Miniprogrammen einzelner Ministerien und eine Entbürokratisierung des Zugangs.“ – Mit solchen Forderungen wird erneut eine Pionierrolle für Ostdeutschland begründet.

Aus dieser Perspektive wird ein staatlich organisiertes Programm entwickelt, dessen Eckpunkte lauten:

- Rasche Schließung der Lohn- und Gehaltskluft zwischen Ost und West.
- Angleichung der sozialen Sicherungssysteme durch einen Finanzausgleich zwischen Ost und West.
- Angleichung der Renten und der Versorgungsansprüche.
- Gesetzliche Regelungen zur Anerkennung aller in der DDR erworbenen und anerkannten Berufsabschlüsse.
- Abschließende Regelung aller offenen Eigentumsfragen bei Wohn- und Erholungsgrundstücken.
- Die ostdeutschen Kommunen müssen finanziell besonders gestärkt werden, dazu ist eine Gemeindefinanzreform überfällig.
- Bekämpfung des Wohnungsleerstandes durch mehr Finanzmittel für das Programm Stadtumbau Ost.

Die Konstituierung Ostdeutschlands als eigenständige Region unabhängig von ihrer Ländergliederung bleibt erklärtes Ziel der PDS, die in ihrem gültigen Programm fordert, für Ostdeutschland ein gewähltes Gremium zu bilden, „das gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag eigenständig die Interessen der Ostdeutschen vertritt“. In ihrem Entwurf für eine Sonderförderung Ost von 2002 heißt es: „Wir schlagen im Interesse einer verantwortungsbewussten Verwendung der im und für den Osten zur Verfügung stehenden Mittel vor, dass die ostdeutschen Länder einen Standortsicherungsvertrag abschließen. Er soll Dumping-Tendenzen in der Länderkonkurrenz verhindern.“ Ist das der Ruf nach der Etablierung einer neuen staatlichen Plankommission Ost? Das Konzept ist in sich konsistent. Es verbindet die Staatsfixierung der PDS in der Wirtschaftspolitik, ihre Interessen als „Regionalpartei“ und die Erwartungshaltung vieler Wähler.

Um ein solches Entwicklungsprojekt durchzusetzen, sind rot-rote Koalitionen im Osten unabdingbar, oder in der Sprache des Bundesvorsitzenden der Juos Nils Annen: „Die Zusammenarbeit mit der PDS würde vor allem eines zeigen: Linke Politik besteht nicht allein aus der Verabschiedung von Programmen. Beide Parteien werden bei der Umsetzung ihrer Vorstellungen, etwa in der Sozialpolitik, nur erfolgreich sein, wenn sie in der Lage sind, gesellschaftliche Mehrheiten für linke Reformpolitik zu organisieren.“

Aber hat das Magdeburger Wahlergebnis diesen neuen Plan nicht schon beendet?

Die Magdeburger Lektion

Nach der Wahl in Magdeburg 2002 liegt die PDS in drei Bundesländern, in Thüringen, in Sachsen und in Sachsen-Anhalt, vor der SPD. Und nach den parlamentarischen Spielregeln war der An-

spruch von Roland Claus wohl begründet, für den Fall, dass die PDS stärker als die SPD aus der Wahl hervorginge, den Ministerpräsidenten stellen zu wollen.

Die PDS wertete den Ausgang der Wahl in Sachsen-Anhalt als Erfolg. Trotz der SPD-Niederlage bleibe für seine Partei „Rot-Rot“ die strategische Option, so PDS-Bundesgeschäftsführer Bartsch. Sein SPD-Pendant Generalsekretär Müntefering betonte ebenfalls, dass die PDS – ausgenommen auf der Bundesebene – für die SPD eine „Option“ bleibe. Damit bedeutet das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt keinesfalls das Ende des rot-roten Projektes in der Bundesrepublik.

Die SPD in Sachsen-Anhalt dagegen vollzog einen diskreten Kurswechsel zu einer stärkeren Abgrenzung von der PDS. Höppner trat bereits am Wahlabend als Landesvorsitzender zurück, sein Nachfolger Manfred Püchel war schon vor der Wahl Gegner einer rot-roten Koalition. Auch auf Bundesebene kam es erneut zu Auseinandersetzungen, wie die Konkurrenz zur PDS zu gestalten sei.

Der Potsdamer Oberbürgermeister Matthias Platzeck, er gilt als Nachfolger von Ministerpräsident Manfred Stolpe in der Brandenburger SPD, forderte erneut die sachliche Debatte gegen die PDS, um das Profil der SPD zu schärfen. Aber er hielt daran fest, die PDS sei eine Partei wie jede andere, mit der die SPD in Ostdeutschland scharf konkurriere. Allein der Mitbegründer der ostdeutschen Sozialdemokratie, der Bundestagsabgeordnete Markus Meckel, forderte die wirkliche Konsequenz aus Magdeburg für seine Partei: alle rot-roten Regierungsbündnisse auf Landesebene sofort zu beenden. Dazu bestand weder bei seinen Genossen in Schwerin noch in Berlin eine Neigung.

Der Schlüssel für den Erfolg der PDS in ihrem Ringen um die Regierungsbeteiligung im Osten ist und bleibt die Frage der Koalition. Für sich allein ist sie im Unterschied zur CSU nicht mehrheitsfähig.